

Grenzen überwinden – Der EU-Erweiterungsprozess und Visionen für Europa aus frauenpolitischer Sicht

Internationale Konferenz 21. - 23. Februar 2003 in Lichtenfels (Oberfranken)

Veranstalterin: FAM - Frauenakademie München e.V.

In Kooperation mit: Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit Bayern, Forum in der Friedrich-Ebert-Stiftung, Friedrich-Ebert-Stiftung (Büro Warschau und Prag), Hanns-Seidel-Stiftung, Heinrich-Böll-Stiftung (Büro Warschau), Petra-Kelly-Stiftung, Bayerisches Bildungswerk für Demokratie und Ökologie in der Heinrich-Böll-Stiftung e.V.

Gefördert von der EU-Kommission im Rahmen ihrer Informations- und Kommunikationsstrategie zur Erweiterung.

Zusammenfassungen der Vorträge

Zugänge zur Geschlechtergerechtigkeit in Ost und West

Wege zur Gleichberechtigung – eine europäische Perspektive

Prof. Dr. Ute Gerhard

Kurz erinnert werden sollen die Rechtskämpfe europäischer Frauenbewegungen in den drei Dimensionen von Staatsbürgerschaft/Citizenship, im Hinblick auf politische, zivile und soziale Rechte.

Im Zentrum steht ein Vergleich der Frauenpolitik und Frauenrechte in West- und

OstDeutschland seit 1949 – und ein feministisch kritisches Verständnis von

~~Gender~~ Gleichberechtigung. Ein Ausblick auf die Europäische Union als Rechtsgemeinschaft und ihre Bedeutung für Frauen.

Polinnen an der Schwelle zum EU-Beitritt

Prof. Dr. Bozena Choluj

Bis dato werden Frauen als Interessensgruppen bei politischen und ökonomischen Entscheidungen nicht berücksichtigt. Die Hoffnungen auf Änderungen in der Frauenpolitik Polens im Zusammenhang mit dem EU-Beitritt scheinen zum großen Teil trügerisch. Denn um die Eigenheit Polens zu bewahren, als ein familienorientiertes Land mit Traditionen, darf an der Rolle der Frau als Mutter nicht gerüttelt werden. Erst seit den Wahlen von 2001 gibt es das Büro der Gleichstellungsbeauftragten der Regierung, zu der Izabela Jaruga-Nowacka ernannt worden ist. Ihr Wirkungsbereich ist jedoch sehr eingeschränkt, da sie auf kein Gleichstellungsgesetz zurückgreifen kann. Unterstützt wird ihre Arbeit von Frauenorganisationen, welche jedoch erst während der EU-Beitritts-Verhandlungen an Bedeutung gewannen. Durch die Unterzeichnung der "Platform for Action" des Abschlussdokuments der UNO-Frauenkonferenz von Beijing verpflichtete sich die polnische Regierung zur Zusammenarbeit mit den NGOs. Im Mittelpunkt der dort formulierten Empfehlungen steht der Begriff *gender*. Der Vatikan steht dem Ganzen sehr negativ gegenüber, da hinter dem Begriff vor allem eine Legitimierung der homosexuellen Minderheiten vermutet wird. Diese gegnerische Haltung des Vatikans beeinflusste das Verhältnis der Politiker zu Frauenfragen so stark, dass die angestrebte Zusammenarbeit mit den Frauenorganisationen sehr vernachlässigt wurde.

Aufgrund dieser ersten Versuche, die Gender-Richtlinien in den EU-Mitgliedsstaaten einzuführen, lässt sich beobachten, dass der Gender-Begriff in der demokratischen Praxis so verinnahmt wird, dass es nur zu kleinen Verschiebungen von Ressourcen zwischen den Geschlechtern kommt. Deswegen scheint es, dass dort weiterhin Förderprogramme für Frauen

notwendig sind. Die NGO-Bewegung ist zur Zeit die beste Schule der Demokratie und somit das wichtigste Forum zur Formulierung der Interessen und Ziele von Frauen.

Bestandsaufnahme in den heutigen und zukünftigen EU-Staaten

a) Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

Sozialpolitik und Arbeitsmarkt – Zur Situation in der Tschechischen Republik

Helena Bednarova

Brno ist die zweitgrößte Stadt der Tschechischen Republik mit einer Bevölkerung von über 370.000 Einwohnern (174.863 Männern und 195.279 Frauen). Die Altersstruktur in Brno ist charakterisiert durch einen hohen Anteil an älteren Menschen. Im Vergleich zu anderen tschechischen Städten/Regionen wird offensichtlich, dass die Bevölkerung Brnos schneller altert als in anderen tschechischen Städten. Während in Brno die älteren Bürger derzeit 20.5% der städtischen Bevölkerung ausmachen, liegt der nationale Durchschnitt bei 18.4%.

Nach 1989 begann eine Veränderung der Sozialpolitik - begleitet von neuen sozialen Phänomenen wie soziale Ungleichheit und Arbeitslosigkeit, Instabilität im Familienleben (eine zunehmende Zahl von alleinerziehenden Eltern mit schlecht versorgten Kindern, eine hohe Scheidungsrate, ein Rückgang von Eheschließungen und mehr außerehelich geborenen Kinder) sowie die Abhängigkeit von Familien oder Personen von Sozialhilfeleistungen. Soziale Fürsorge für arme Familien mit Kindern, für ältere Menschen, Behinderte, Arbeitslose und sozial „Unangepasste“ wird geleistet - sowohl von der Stadt Brno und den 24 Stadtbezirksämtern als auch von 10 kommunalen Organisationen, die auf Grundlage der Sozialgesetzgebung Sozialfürsorge anbieten. Die Dienstleistungen für arme Familien mit minderjährigen Kindern umfassen Beratung, rechtlichen Schutz für die Kinder, finanzielle und materielle Unterstützung von Familien, deren Einkommen unterhalb der Mindesteinkommensgrenze liegt, Beratung für Problemkinder und Jugendliche, Pflegefamilien sowie eine von der Abteilung für Sozialfürsorge verwaltetes Wohnheim für alleinstehende Mütter mit Kindern. Ein bedeutender Teil der Tätigkeit auf dem Gebiet der Sozialfürsorge geschieht durch 36 NGOs, die jedes Jahr Gelder aus dem städtischen Haushalt erhalten.

Der Umwandlungsprozess von der sozialistischen Planwirtschaft zur Marktwirtschaft begann schon 1990. Dieser Prozess ist von bedeutenden Veränderungen der Arbeitsmarktstruktur begleitet worden: Arbeitsplätze verschoben sich von dem primären zum tertiären Sektor; strukturelle Änderungen; nachlassende Nachfrage auf dem internen wie auch auf dem externen Markt; und Änderungen bei den Eigentumsbeziehungen, verursacht durch Privatisierung und Rückgabe. In Vergleich mit Prag gibt es weniger ausländische Investitionen in Brno, und die Stadt muss auch mit dem sogenannten "Geschäftsstellensyndrom" zurechtkommen. Als zweitgrößte Stadt der Tschechischen Republik hat Brno jedoch den Vorteil, Sitz von Institutionen der öffentlichen Verwaltung, Bildung, Universität, Gerichte, Gesundheits- und Sozialeinrichtungen zu sein. Obwohl, die Arbeitslosenquote in Brno vor 1996 noch unter 2% lag zeigen jüngste Zahlen eine Arbeitslosigkeit von 10% auf. Ende 2002 waren insgesamt 19.892 Menschen arbeitslos gemeldet (9.840 Frauen). Frauen sind im allgemeinen häufiger von Langzeitarbeitslosigkeit betroffen als Männer (38% Frauen in Vergleich mit 32.8% Männern). Unter den am schwersten Betroffenen sind Frauen mit kleinen Kindern und Frauen über 50. Obwohl die nationale Arbeitspolitik diese Gruppe von Arbeitslosen durch Umschulungsprogramme ansprechen will, ist es nicht möglich, das Problem einfach durch aktive Arbeitspolitikprogramme zu beheben, sondern nur als einen Teil eines umfassenden Ansatzes von allen Akteuren. Die Arbeitsämter sind für die nationale Arbeitspolitik verantwortlich. Es gibt keine Arbeitspolitik auf städtischer Ebene.

Obwohl das tschechische Recht den Status von Frauen und Männern als gleich anerkennt, ist das Haupthindernis zur Durchsetzung der Gleichheit im wirklichen Leben die traditionelle öffentliche Meinung, die unterschiedliche soziale Männer- und Frauenrollen favorisiert. Vertreter von Frauen-NGOs behaupten, dass Frauen auf dem tschechischen Arbeitsmarkt diskriminiert werden, nicht nur durch das 25%ige Einkommensgefälle zwischen Frauen und Männern. Frauen, die sich an Hilfsprogrammen verschiedener NGOs in Brno beteiligt haben berichteten von ihren Erfahrungen: Frauen, die gerade ihre Ausbildung beendet haben, haben Probleme, eine Stelle zu finden wegen mangelnder Arbeitserfahrung; junge Frauen werden oft nach ihren Partnern und "Familienplänen" gefragt; es wird angenommen, dass Frauen mit kleinen Kindern aufgrund von Kinderbetreuungspflichten eine Risikogruppe sind; und, obwohl ältere Frauen Arbeitserfahrung mitbringen und ihre Kinder schon groß sind werden sie oft als weniger attraktiv angesehen. Frauen werden diskriminiert auf Grund von fortdauernden, stereotypischen Rollenerwartungen, die Frauen mit der Familie und der Rolle der Mutter assoziieren.

Gleichstellungsfragen sind eine große Herausforderung nicht nur für die öffentliche Verwaltung, sondern für die ganze Gesellschaft. Auf Ministeriumsebene gibt es eine Gleichstellungsstrategie, aber ihre Durchsetzung auf regionaler und lokaler Ebene ist immer noch unzulänglich.

Arbeitsmarkt und Sozialpolitik – Zur Situation in Ungarn

Dr. Szilvia Szabó

Die sozialen Leistungen zur Unterstützung von Kinderbetreuung waren in Ungarn recht großzügig, wenn man sie im Vergleich zu anderen Ländern betrachtet. Von der weiblichen Bevölkerung im Arbeitsalter waren zwischen 8% und 10% berechtigt, solche Leistungen zu beziehen. Dieses System funktionierte reibungslos bis in die späten 80er Jahre hinein. Viele der mit der Familienbetreuung verbundenen Regeln wurden während der Zeit des Staatssozialismus vor 1990 eingeführt und existierten bis 1995. Das Jahr 1995 markiert in diesem Zusammenhang eine Wende.

Das bisher existierende großzügige Kinderbetreuungs- und Mutterschaftssystem wurde demontiert und in ein bedürfnisorientiertes System umgewandelt. Diese Veränderung rief enorme soziale Debatten hervor. Hierbei muss man wissen, dass die verschiedenen Formen der Unterstützung für die häusliche Kinderbetreuung, die sich seit den 1960ern allmählich entwickelt hatten, neben der Vollbeschäftigungsgarantie über dreißig Jahre lang die Grundpfeiler des ungarischen Sozialsystems bildeten. Als der Staat anfangs sich vom breiten Angebot an Mutterschaftsgeldern und -leistungen zurückzuziehen, hatte dies eine Schockwirkung. Nach der bezahlten Kinderbetreuung fanden die meisten Frauen wieder Arbeit. Bei steigender Arbeitslosigkeit verschwanden jedoch viele Stellen, die für erneut arbeitende Mütter ideal gewesen wären, oft wurden die Frauen auch nach ihrer Einstellung dann wieder entlassen.

Der Arbeitsmarkt für Frauen mit jungen Kindern ist ziemlich eng, und die Tatsache, dass mehr und mehr Frauen Kinderbetreuungsleistungen in Anspruch nehmen wollten, zeigt auch, dass diese eine wesentliche Rolle bei der Verringerung der Arbeitslosigkeit spielten. Das Bildungsniveau von Frauen gleicht dem von Männern, bei jüngeren Altersgruppen ist es sogar höher. Dies impliziert, dass die kommende Generation von Frauen eher karriereorientiert ist, Geburten ins spätere Lebensalter verschiebt und sich auf ein oder zwei Kinder beschränken will. Die Eheschließungsrate nimmt ab und unterschiedliche Formen von eheähnlichen Gemeinschaften nehmen zu.

Die 1998 gewählte Regierung stellte die meisten Elemente des Kinderbetreuungssystems wieder her, das bis 1995 existiert hatte. Die verschiedenen Formen der Kinderbetreuungsunterstützung bewirkten jedoch keine umfassende sozialpolitische Reform, da es an flankie-

renden Maßnahmen fehlte - wie etwa die notwendige Reform der Arbeitsmarktpolitik und eine Veränderung patriarchalischer Einstellungen gegenüber Frauen.

1998 gab es eine größere Reform der staatlichen Rentenversicherung und ein gemischtes Rentenversicherungssystem wurde eingeführt. Die neue Gesetzgebung führte auch eine gleiche Altersgrenze für Männer und Frauen ein.

Das nationale Aktionsprogramm für Arbeit 2000 sieht die zunehmende Förderung von Teilzeitarbeit vor. Einige neuere Gesetze fördern flexible und atypische Arbeitsformen wie z.B. Telearbeit, Teilzeitarbeit, flexible Arbeitszeiten. Nach wie vor sind Maßnahmen zur Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf dringend notwendig.

b) Öffentlichkeit und Partizipation

Strategien zur gleichberechtigten Beteiligung von Frauen und Männern - Probleme der EU-Gleichstellungspolitik (nicht nur) bei der Osterweiterung

Dagmar Lorenz-Meyer

Anhand von offiziellen Dokumenten der EU, Polens und der Tschechischen Republik zur Gender- und Osterweiterungspolitik werden Status und Bedeutungen der gleichberechtigten Partizipation von Männern und Frauen sowie von Gender Equality untersucht. Um diese Begriffe effektiv einsetzen zu können, müssen wir zuerst verstehen, wie innerhalb von bestimmten Kontexten Bedeutungen konstruiert werden und Politik legitimiert wird.

Im ersten Teil behandle ich die Frage, wie die gleichberechtigte Partizipation von Frauen und Männern als Schlüsselement von Gender Equality in EU-Initiativen und EU-Ratsempfehlungen zur Osterweiterung (sogenanntes „soft law“ der EU) derzeit definiert wird. Ich zeige auf, dass Gender-equality selten eindeutig definiert wird, aber dass Formulierungen zur gleichberechtigten Beteiligung über das Prinzip der Nicht-Diskriminierung hinausgehen, und dass Gender Equality sowohl die kulturell-wertende Gleichstellung als auch eine substantiell-materielle Gleichstellung beinhaltet. Obwohl der Begriff der gleichberechtigten Beteiligung eine strukturelle Umwandlung indiziert, zeigen die tatsächlichen Ausformulierungen ernstzunehmende Mängel auf: Ihnen gelingt es nicht, Gender Equality zu rechtfertigen. Die enge Verbindung der verschiedenen Formen sozialer, politischer und wirtschaftlicher Beteiligung wird zu wenig betont. Und es fehlt ein zulängliches Konzept der Interaktion von Gender mit anderen Faktoren der Ungleichheit – dieses wäre aber notwendig um zu gültigen „Gender-Indikatoren“ zu gelangen.

Am Beispiel der jährlich erscheinenden Kommissionsberichte über die Fortschritte von Polen und der Tschechischen Republik, in denen die Fortschritte der Beitrittskandidaten bei der Umsetzung der Kopenhagener Kriterien beleuchtet werden, zeige ich auf, dass die Kommission es versäumt hat, Gender Mainstreaming bei der Beurteilung der Kandidaten sowie bei den Beitrittsverhandlungen und –Programmen in die Praxis umzusetzen. Die Kommission widerspricht damit ihren eigenen Ausführungen, nämlich dass die Gleichstellung von Männern und Frauen in allen Lebensbereichen geradezu das Maß der Demokratie darstellt und dass Gender Equality ein integraler Bestandteil der Erweiterung sein soll. Gender Equality wird vielmehr im wesentlichen beschränkt auf die Umsetzung und Durchführung der EU-Ratsrichtlinien zur Gleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt; und sogar hier fehlen klare Indikatoren und unterscheidende Bewertungen.

Vor diesem Hintergrund handelt der dritte Teil sowohl von Berichten zur Situation in Polen und der Tschechischen Republik als auch von Medienberichten und parlamentarischen Debatten zu Fragen von Gender Equality. Es wird gezeigt, dass beide Länder zwar die Parameter der erforderlichen Veränderungen akzeptiert haben, aber dass die Umsetzung der

Gleichbehandlungsvorschriften und die Institutionalisierung der Durchsetzungsmechanismen immer noch umstritten bleiben - und zwar auf Grund von vorherrschenden Ansichten zu vermeintlichen wesenseigenen Geschlechtsunterschieden sowie von unglaublich gewordenen Gleichheitsvorstellungen, die mit Staatskommunismus assoziiert werden. In diesem Kontext haben sogar progressive staatliche Akteure Gender Equality eher minimalistisch als Anti-Diskriminierung interpretiert.

Im letzten Teil komme ich zu der Frage, ob und wann man innerhalb des existierenden gesellschaftlichen Kontextes Konzepte aufrechterhalten kann und soll, die Gender Equality so definieren, dass damit auch substantielle materielle Gleichstellung gemeint ist – eine Frage, die ich mit den Werkstatteilnehmerinnen gerne diskutieren möchte.

Die Studie wurde als Teil des Projekts 'Constructing Supranational Political Spaces: The European Union, Eastern Enlargement, and Women's Agency' (2002-2005) durchgeführt und von der National Science Foundation, USA, finanziert. Für die Analyse der polnischen Staatsdokumente danke ich Joanna Mizielińska, für die Analyse der tschechischen Presse Hana Hašková and Alena Křížková.

c) Frauen im ländlichen Raum und Ökologie

Frauen im ländlichen Raum und Ökologie

Marese Hoffmann

Die Betrachtung von Frauen im ländlichen Raum und Ökologie, hier fokussiert auf Bäuerinnen, wird theoretisch begründet im Konzept einer nachhaltigen, gendersensiblen ländlichen Entwicklung im Sinn einer Transformation gesellschaftlicher Naturverhältnisse. Dieser Bezugsrahmen geht über die Ökologie hinaus und bindet kulturelle, gesellschaftspolitische, wirtschaftliche und technologische Faktoren mit ein. Die Integration der Gender Perspektive bedeutet zunächst die Berücksichtigung real existierender Geschlechterunterschiede, darüber hinaus ein erweitertes Verständnis von Ökonomie im Sinne „informeller Ökonomie“ und die Berücksichtigung der Wechselseitigkeiten von Umweltveränderungen und Geschlechterverhältnissen. Die gesellschaftliche Praxis, die reale Situation von Bäuerinnen Europas ist geprägt von zwei gegensätzlichen landwirtschaftlichen Überlebensstrategien: einerseits von kleinbäuerlicher Subsistenz, andererseits von den am Weltmarkt ausgerichteten Agrargroßbetrieben. Kritisch erscheint die Feminisierung der Landwirtschaft in Klein- und Nebenerwerbsbetrieben, wenn Frauenarbeit als unbegrenzt ausbeutbare Naturressource gesehen wird und darüber hinaus die geschlechterungleiche Segregation des Arbeitsmarktes verfestigt wird. Ebenso kritisch ist eine Agrarwende zu sehen, die eine einseitige ökologische, regionale Wirtschaftsweise von den Bäuerinnen ohne den Rückhalt einer gesamtgesellschaftlichen Konsumwende fordert. Im Mittelpunkt einer Zukunftsdebatte muß die Neubewertung und Neustrukturierung von ländlicher und nichtländlicher Arbeit in ländlichen Regionen stehen mit dem Ziel, naturräumliche und soziale Interdependenzen anzuerkennen und Chancengleichheit herzustellen.

Chancen für polnische Frauen auf dem Lande durch EU- Beitritt Polens ?

Prof. Dr. hab. Daniela Ostrowska, Jadwiga Ziolkowska, Prof. Dr.-Ing. Joachim Leuschner

Als Mitglieder der „polnisch - deutschen Gesellschaft für Ökolandbau, Ökotechnik und Ökocultur“ beschäftigt uns seit 10 Jahren die Frage, wie die Landwirtschaft nachhaltig gestaltet werden muß, um das Leben auf dem Lande, insbesondere der Jugend und der Frauen, zu verbessern. Gute Ergebnisse polnisch-deutscher Zusammenarbeit bei ökologischen Projekten ließen uns hoffen, daß mit dem EU-Beitritt die Ökologisierung des Landes besser und schneller vorangeht.

Vieles spricht jedoch für die Gefahr, daß gravierende Mängel der EU Agrarwirtschaft auf Polen übertragen werden sollen. Zu wenig berücksichtigt werden bei den derzeitigen Orientierungen die ökologischen und sozialen Probleme im ländlichen Raum und insbesondere die Situation der Frauen. Viele von ihnen befürchten, daß sich ihre soziale Lage verschlechtern wird, wenn nach den EU-Beschlüssen die polnischen Landwirte nur 25% der Fördermittel gegenüber den alten EU-Mitgliedsländern erhalten. Sie sind der Meinung, daß die Auflagen der EU zur sogenannten Modernisierung der Landwirtschaft die klein- und mittelbäuerlichen Betriebe zur Aufgabe zwingen wird. Experten berechneten, daß sich dadurch die Zahl der Arbeitslosen in der Landwirtschaft und der mit ihr verflochtenen Wirtschaftszweige um ca. 3 Millionen Menschen in Polen erhöhen würde.

Bereits jetzt ist der Anteil der Arbeitslosen unter den polnischen Frauen auf dem Lande überdurchschnittlich groß und ihre Chancen, eine Arbeit zu finden, sind geringer als in anderen Wirtschaftszweigen. Schlechte Gesundheitsversorgung, fehlende Kindergärten und -krippen nehmen den meisten Frauen auf dem Lande die Möglichkeit sich weiter zu bilden.

Die Probleme sind nur zu lösen, wenn die EU stärker auch durch soziale und ökologische Programme die Verbesserung der Infrastruktur auf dem Lande fördert. Die wissenschaftlich-technischen und geistigen Voraussetzungen dafür sind vorhanden. Dazu gehören ökologische Innovationen, die sich bereits in der Praxis bewährt haben zu denen auch die PNT-ATK wichtige Beiträge geleistet hat. Insbesondere ist die regionale Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte so zu gestalten, daß die Wertschöpfung in der Region bleibt und für die Verbesserung der Infrastruktur, zur Schaffung von Arbeitsplätzen sowie zur Förderung von Existenzgründern und Frauen eingesetzt werden kann.

Die Frauen auf dem Lande haben große Potentiale, um gestaltend an der Ökologisierung mitzuwirken. Von großer Bedeutung ist es jedoch, daß sie die Jugend für die ökologische Erneuerung des ländlichen Raumes motivieren. Nur Frauen in gleichberechtigtem Zusammenwirken mit ihren männlichen Partnern sind dazu in der Lage, diese komplexe Aufgabe erfolgreich zu lösen.

d) Menschenrechte

Die Situation von Romafrauen in Ungarn/Prostitution in Ungarn

Rimma Dalos

Die Situation von Romafrauen

Die Minderheitengruppe Roma machen ca. 6% der ungarischen Landbevölkerung aus.

Der Vortrag konzentriert sich dabei im Wesentlichen auf die Themen Bildung, Mutterschaft und Arbeitsmarkt in Bezug auf Romafrauen.

Bereits bei der Einschulung herrschen erhebliche Benachteiligungen von Romakindern. Determiniert auf "verstandesmäßige Unzulänglichkeit" wird ein großer Prozentsatz der Kinder in heilpädagogische Sonderschulen eingewiesen, die ursprünglich für geistig Behinderte geschaffen wurden.

Obwohl die Romamädchen die Forderungen der Schule oftmals besser erfüllen, da sie eine höhere Lernfähigkeit aufweisen, erhalten die Jungen eine weitaus größere Unterstützung. Dies hängt vor allem damit zusammen, dass die Frauen ihre Kinder im Alter von 14 – 20 Jahren zur Welt bringen, was also bedeutet, dass sie in diesem Alter keine Schulen besuchen können.

Zudem wurden aufgrund des Systemwechsels in den 90er Jahren viele der Romamänner arbeitslos, so dass das Kindergeld und Familienzuschüsse die einzigen Quellen im Budget der Familien sind. Man kann sagen, dass fast 70% der Roma in wirtschaftlich unterentwickelten und strukturell armen Regionen leben. Durch das niedrige Schulniveau – viele können nicht einmal lesen und schreiben - und die frühe Mutterschaft besteht für Frauen kaum eine Möglichkeit Arbeit zu finden.

Nach dem Systemwechsel haben die jeweiligen Regierungen stets versucht, eine Lösung für die Probleme der Roma zu finden, aber keine von diesen hatte ein inhaltliches Programm fertiggestellt, welches das Problem hätte kompakt lösen können.

Prostitution

Prostitution in Ungarn existiert schon lange, heimlich oder offen, in den privaten Wohnungen, in den Hotelzimmern und zu über 80% auf den Straßen. Der Systemwechsel Anfang der 90er Jahre brachte auf der einen Seite mehr Freiheit mit sich, auf der anderen Seite aber auch mehr Prostitution, da die Grenzen praktisch offen waren und Frauen aus Rumänien und der Ukraine, sowie aus den baltischen Ländern Ungarn gerne als ihr Zielland auswählten. Motiv Nr. 1 für die hohe Prostitution - man schätzt die Zahl derzeit auf ca. 8000 – 10 000 Frauen und Männer - ist die extreme Arbeitslosigkeit.

Eine Möglichkeit den Prostituierten zu helfen liegt sicherlich beim Gesetzgeber. In den letzten Jahren tragen jedoch auch die NGOs wesentlich dazu bei, die Situation der Prostituierten zu verbessern. Ein Beispiel hierfür ist die 1991 gegründete Stiftung für Sexualbildung.

Einige Aspekte des Frauenhandels in der Romagemeinschaft

Petra Kutáľková

Menschenhandel wie von der UNO definiert, ist ein schwerwiegender Verstoß gegen die Menschenrechte. In der Tschechischen Republik arbeitet die gemeinnützige Organisation La Strada schon seit dem Jahre 1995 systematisch an diesem Problem. In den letzten zwei Jahren ist die Anzahl von Roma unter den Kunden von La Strada gestiegen. Etwa 250.000 Roma leben in der Tschechischen Republik. Die meisten dieser Menschen werden gezwungen in Orten zu leben, die ethnischen Ghettos ähneln. In diesen Gebieten potenzieren sich Risikofaktoren, und unter dem Aspekt des Menschenhandels betrachtet, erhöht dies die Gefahr der Romafrauen deutlich. Im Kontext ihrer sozialen und wirtschaftlichen Lage sind diese Faktoren vor allem: Arbeitslosigkeit, Probleme der Einstellbarkeit, Armut, schlechte Bildung, die Akzeptanz der Rolle des „schwarzen“ Arbeitsmarkts sowie Alkohol- und Medikamentenabhängigkeit. Zusätzlich zu diesen Risikofaktoren kommen noch einige, die mit dem ethnokulturellen Hintergrund der Romagemeinschaft verbunden sind - unterschiedliche Einstellungen gegenüber Frauenrechten, Orientierung am Hier und Jetzt, die zunehmende Zahl von Roma, die auswandern, und nicht zuletzt das exotische Aussehen von Romafrauen als Anreiz für potentielle Käufer.

Das Leben in diesen Gebieten bringt unter anderem soziale Exklusion mit sich. Dies ist nicht nur einer der Hauptgründe für die Existenz von Menschenhandel unter Roma, sondern auch ein deutliches Hindernis bei Versuchen, Romafrauen über ihre Rechte und über Hilfemöglichkeiten zu informieren.

Die Erweiterung gestalten: Beispiele aus zwei Grenzregionen

Die Erweiterung gestalten: grenzüberschreitende Fraueninitiativen entlang der Oder/Neiße – am Beispiel vom Ost-West-Europäischen FrauenNetzwerk e.V.

Joanna Barelkowska

OWEN e.V. fördert seit 10 Jahren - neben anderen Schwerpunkten - den Austausch zwischen Frauen aus der polnischen und deutschen (insbesondere: brandenburgischen) Grenzregion. Ziel dieses Austausches ist, die deutsch-polnische Zusammenarbeit, die im Hinblick auf den bevorstehenden Beitritt Polens zur EU von zunehmender Bedeutung ist, ganz allgemein zu stärken. Dabei soll insbesondere das zivilgesellschaftliche Engagement von deutschen und polnischen Akteurinnen gefördert werden.

Unser Angebot richtet sich in erster Linie an Frauen, die sich diesseits und jenseits der Grenze in Nichtregierungsorganisationen bzw. in kommunalen Verwaltungsstrukturen für die Gleichstellung von Frauen und Männern einsetzen. Auf der deutschen Seite sind unsere wichtigsten Ansprechpartnerinnen die kommunalen Gleichstellungsbeauftragten, die ihrerseits gute Kontakte zu verschiedenen NGOs pflegen. Auf der polnischen Seite sind in den letzten 10 Jahren zahlreiche Fraueninitiativen und -organisationen entstanden, die - mangels institutioneller frauenpolitischer Strukturen (mit deutschen vergleichbar) - unsere wichtigsten Mitstreiterinnen in Sachen Gleichstellung sind. Im universitären Bereich konnten wir erste Kontakte zu der im vorletzten Jahr gegründeten informellen Gruppe Gender knüpfen, die sich am Collegium Polonicum in Slubice für die Gleichstellung von Frauen und Männern und für die Förderung des genderpolitischen, grenzüberschreitenden Dialogs stark macht. In unseren Veranstaltungen bringen wir Vertreterinnen von NGOs, der lokalen Verwaltung, aus Politik und Wissenschaft zusammen und wollen damit ihre gegenseitige Anerkennung sowie Entwicklung von gemeinsamen gleichstellungspolitischen Zielen fördern.

Wir bieten außerdem Raum für Reflexion und Auseinandersetzung sowohl mit aktuellen Themen der Gegenwart als auch mit Themen der deutschen und polnischen Geschichte und Kultur. In Anlehnung an Johan Galtung untersuchen wir die persönliche, strukturelle und kulturelle Ebene bei unterschiedlichen Themen, wie Frauen und Gleichstellungspolitik, Biographie und Geschichte, Konfliktbearbeitung. Ausgehend von der persönlichen Motivation und Situation von deutschen und polnischen Frauen, setzen wir uns mit Unterschieden zwischen den brandenburgischen/deutschen und polnischen Strukturen auseinander und diskutieren z.B. die Vor- und Nachteile der Institutionalisierung der Gleichstellungspolitik, mit der wir in Deutschland weitgehend zu tun haben. Auch kulturelle Unterschiede spielen entlang der deutsch-polnischen Grenze, die willkürlich vor 60 Jahren festgelegt wurde und sich daher nicht über längere Zeit zu einem kulturell einheitlicheren Raum entwickeln konnte, eine große Rolle. Wir thematisieren deshalb z.B. unterschiedliche Frauenbilder in der polnischen und deutschen Gesellschaft und suchen nach Gemeinsamkeiten, die als Grundlage der Verständigung dienen können. Ausgehend von den biographischen Erfahrungen der Frauen, setzen wir uns auch mit der deutsch-polnischen Geschichte auseinander.

Es soll nicht der Anschein erweckt werden, dass der Austausch ohne jegliche Probleme zustande kommt. Das Interesse daran ist auf der polnischen Seite viel größer als auf der deutschen. In Polen ist die Neugier auf die westlichen Nachbarinnen groß und damit auch die Hoffnung, dass der Kontakt von ideellem und materiellem Nutzen sein könnte. Auf der deutschen Seite müssen wir oft Überzeugungsarbeit leisten, denn der Kontakt zu den östlichen Nachbarinnen wird manchmal als zusätzliche und nicht immer erwünschte Belastung angesehen. Nach den Veranstaltungen erfahren wir aber nicht nur von vielen polnischen, sondern auch von vielen deutschen Teilnehmerinnen, dass sie den Austausch als persönliche und berufliche Bereicherung empfinden und Lust auf engere Zusammenarbeit mit den Nachbarinnen haben.

Vorstellung der EUREGIO EGRENSIS

Dr. Birgit Seelbinder

Die **EUREGIO EGRENSIS** hat nach ihrer Satzung den Zweck, zu Verständigung und Toleranz beizutragen sowie umfassend, friedlich und partnerschaftlich über die Grenzen zwischen dem Freistaat Bayern, den Freistaaten Sachsen und Thüringen sowie der Tschechischen Republik hinweg zusammenzuwirken.

Die **EUREGIO EGRENSIS** (EE) koordiniert und fördert im Geiste guter Nachbarschaft und Freundschaft die grenzüberschreitende Zusammenarbeit und Entwicklung.

1991/1992 wurden die drei Arbeitsgemeinschaften der **EE** gegründet:

- die **EE** Arbeitsgemeinschaft Böhmen,
- die **EE** Arbeitsgemeinschaft Bayern e. V. und
- die **EE** Arbeitsgemeinschaft Vogtland/Westerzgebirge e. V.

Am 3. Februar 1993 fand in Eger der Zusammenschluss der drei Arbeitsgemeinschaften auf der Grundlage einer gemeinsamen Vereinbarung statt.

Heute umfasst das Gebiet der **EUREGIO EGRENSIS** insgesamt eine Fläche von ca. 17 000 km² mit rund 2 Millionen Einwohnern.

Die **EUREGIO EGRENSIS** sieht sich heute - nach 40 Jahren Sprachlosigkeit - als Wegbereiter und Wegbegleiter der Region in das gemeinsame Haus Europa und damit in die Europäische Union.

Visionen für Europa

Frauengedächtnis – Zukunft braucht Erinnerung

Dr. Marina Grasse

Die in den 90er Jahren einsetzenden europäischen und globalen Veränderungen sind mit tiefgreifenden Veränderungen in den Beziehungen zwischen Staat – Markt – Zivilgesellschaft verbunden. Bisherige soziale und kulturelle Gender-Konstruktionen von Lebensentwürfen, Lebenswegen und Identitäten verändern sich rapide.

Die neuen gesellschaftlichen Rahmenbedingungen für das Selbstverständnis und Handeln als Akteurinnen und Bürgerinnen und das zusammenwachsende Europas fordern Frauen in und aus den mittel- und osteuropäischen Länder in besonderer Weise heraus, sich mit historischen und biografischen Verläufen aus eigener Perspektive auseinanderzusetzen.

Mitte der 90er Jahre wurde vom Zentrum für Gender Studies in Prag die Idee entwickelt, Frauen der verschiedenen Generationen, die die sozialistischen Regime erlebt haben, nach ihren biografischen Erinnerungen zu befragen. Aus der Idee wurde 1998 das internationale Bildungs- und Forschungsprojekt "Frauengedächtnis - auf der Suche nach dem Leben und der Identität von Frauen im Sozialismus". Bis heute haben sich Frauenorganisationen aus Tschechien, der Slowakei, Polen, Kroatien, Jugoslawien, der Ukraine und Deutschland beteiligt.

OWEN ist der (ost-)deutsche Partner in diesem Vorhaben.

Vorgesehen ist die weitere regionale Erweiterung auf Russland und andere mittel- und osteuropäische Länder.

„Frauengedächtnis“ soll zur konstruktiven Auseinandersetzung mit Lebensentwürfen, Lebenswegen und Lebensstrategien im Kontext historischer Entwicklungen, patriarchaler Kulturen und Machtstrukturen im Europa des 20. und 21. Jahrhundert anregen.

Das Projekt dient der Wieder- und Neuentdeckung von aktiv gestaltetem Leben, von Werten, Erfahrungen und Wissen, das Frauengenerationen aus unterschiedlichen Gesellschaftssystemen und Kulturen als Potential für die Neugestaltung Europas einbringen.

„Frauengedächtnis“ ermöglicht, die Vielfältigkeit der europäischen Wurzeln wahrzunehmen. Das Projekt ermutigt und stärkt Frauen darin, ihre Position als Akteurinnen gesellschaftlicher Veränderungen für eine Zukunft mit gender-gerechten Machtverhältnissen zu nutzen.

Identities and Differences: Framing the Issues

Prof. Dr. Linda Fisher

If the question of what Europe is, or what constitutes a European identity, has long been the subject of discussion and debate, it is becoming even more complicated with the pending EU Enlargement and the introduction into the EU of countries which, for various reasons, have had a complicated relation to the rest of Europe. Not only are the candidate countries specific, individual and in their own ways unique additions to the European mosaic, representing yet new challenges for the notion of a European confederation; but the additional factors of a very particular history in the 20th century, and the accompanying differences this represents, introduce greater challenges still. Seen in broad terms as an East-West issue, with different respective histories, experiences, and sensibilities, it raises questions for both sides of the “divided” about identity and affiliation. If such issues of identity are represented in Western Europe by questions about whether one is first European, or first German, French, Spanish, etc., then for the accession countries there is the additional layer of whether one is “Western” or “Eastern”. And to the extent that Europe was conventionally identified as the West, or that being European meant being Western, how does the introduction of “Eastern” countries affect this identity? Is “Europe” no longer seen as strictly “Western”? Do “Eastern” countries become not only westernised but “Western” by accession? Does Europe become more pluralistic, encompassing East and West in a larger mosaic? Or do such distinctions of East and West disappear, or become mere geographical distinctions? And most fundamentally, how will the dialectic of identities and differences be realised in this new context?

Discussion points:

From outside Europe, to the “Other Europe”, to the “New Europe”: Transition countries approach a European identity.

- Is it the case that “Old Europe” will adopt and integrate facets of “New Europe”, as new ingredients that enhance the mosaic and transform its identity? Or will “New Europe” have to adapt to and acquire the more dominant identity of “Old Europe”?
- The ambiguity of New Europe identity: Is it the case that the accession countries are considered to be European, or not really European? Are they sometimes thought to be at one and the same time European *and* non-European? Or perhaps *potentially* European, to become full Europeans upon accession? Or even subsequently, as the Europeanising process unfolds in the period following accession?
- Is “European identity” a prerequisite for being part of the European Union, either in terms of already present, or acquired later? Is the fact that the accession countries are poised to join the EU a sign of their (at least) latent or potential European identity? Or in the future will being part of the EU not necessarily indicate anything about identity, but rather simply a particular political and economic alliance? And what would be the implications of that situation for the concept of European identity? Does becoming Europeanised mean simply the attainment of certain markers – economic, human rights, etc. – or does it entail some kind of identity concept?

Have we lost a battle or have we lost a war? Polish feminists and the European integration

Agnieszka Grzybek

Have we lost a battle or have we lost a war? This question should be raised at the first place when we look into the process of the Polish accession to the European Union. Since the middle of nineties Polish women’s organizations have undertaken many activities aimed at informing public about equal opportunities of women and men, gender policy of European Union. The argument of equal treatment as a crucial principle of European policy towards women was used to convince the Polish decision-makers to include women’s rights in the public debate and to build institutional mechanisms for the advancement of women. Now,

after a few years of pursuing the Polish government and media to talk about and to counteract discrimination against women, even the right wing press admits that women are discriminated in Poland. However, it is limited only to the labour market. The Polish Parliament included all the EU equal treatment directives into the Polish labour code. Now it seems that even the provisions against sexual harassment will be incorporated into the Polish law. But there are still areas which are not taken into consideration such as violence against women, reproductive and sexual rights. Since the beginning of 2002 we have been witnessing the battle for women's right to abortion. Although the winning coalition SLD-UP (Left Democratic Alliance-Union of Labour) promised to their woman voters to change the restrictive antiabortion law, just after winning the elections in September 2001 they started to withdraw from their election promises. It was the reason why feminist activists wrote a letter to the European Parliament indicating the existence of a peculiar agreement reached by the Church and the Polish government at the expense of Polish women. Does such an agreement exist? Have we managed to oppose it? Where are women's human rights in the Polish debate concerning EU integration?